

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Target-Forderungen besichern und Gold zukaufen

Das Target-System der Bundesbank ist nach langen Jahren des Totschweigens inzwischen ein öffentlich als brisant erkanntes Thema. „Target-2“ sollte eigentlich nur ein Verrechnungssystem von Zentralbanken des Euro-Systems für grenzüberschreitende Zahlungen im Euro-Raum sein. Die Target-Forderungen der Bundesbank stiegen jedoch seit 2008 von einem bis dato normalen Stand um die Nulllinie herum an – und haben nun eine auf einem Verrechnungskonto völlig wesensfremde Höhe von 941 Milliarden Euro erreicht! Target-2 hat sich so heute faktisch zum größten, wenn auch unerklärten, Euro-Rettungsvehikel entwickelt. Mit einem Volumen von drei Jahressteuereinnahmen ist Target bedeutsamer als etwa der ESM.

Die Ursachen der Target-Salden „Handelsungleichgewichte als Folge des Euro-Wechselkurskorsetts“ und „Kapitalflucht aus den EUR-Südländern als Folge dauerhaft verlorenen Vertrauens der Sparer“ sind unverändert wirksam! Auch die Erwartung der Bundesbank von 2018 war leider falsch, mit dem Ende der Anleihekäufe der EZB würde auch der Target-Saldo nicht mehr weiter aufwachsen. Dem ist NICHT so: Der aktuelle Saldo liegt nach einem kurzen technisch bedingten Rückgang nun mit 941 Milliarden fast wieder auf Allzeithoch! Target-2 ist im Ergebnis eine Kreditvergabe der Bundesbank an das Ausland ohne Fälligkeitsdatum, ohne Tilgungspflicht, ohne Obergrenze, ohne Verzinsung. Es sind unbesicherte, nicht beitreibbare und damit buchhalterisch WERTLOSE Forderungen, für die die Bundesbank auch keinerlei Risikoversorge betreibt. Schlimmer noch: die Bundesbank leugnet sogar den RISIKO-Charakter dieser riesigen Kreditposition, die volle 50% ihrer Bilanzsumme ausmacht! Das Glaubensbekenntnis dahinter ist unerschütterlich: Die Eurozone wird als unveränderbar, ja UNSTERBLICH angesehen – obwohl es jeden Tag überall im Gebälk knirscht. Italien etwa hat eben wieder seine Defizitprognose stark erhöht, die Haushaltszahlen im gesamten Euro-Südraum sind schon jetzt besorgniserregend und geschönt und werden im kommenden Abschwung sofort wieder kritische Bereiche erreichen. Die Analysten der UBS und die Finanzmedien diskutieren aktuell wieder einen Italo-Exit. In Griechenland oder Spanien sehen die Zahlen kaum besser aus. Und doch sagt die Bundesbank noch immer: „Target-Salden sind keine Forderungen, sondern ‚irrelevante Verrechnungspositionen‘“. Doch es SIND eindeutig Kreditforderungen, sonst könnte man sie nicht als solche auf der Aktivseite der Bilanz verbuchen. (Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)

Die Billy Six Affäre: zwischen Einzelhaft und Heuchelei

Die Szenen, die sich am 18. März 2019 am Flughafen Berlin-Tegel abspielten, werden mir und meiner Frau für immer in Erinnerung bleiben: Nach vier Monaten des Hoffens und Bangens konnten Ute und Edward Six ihren Sohn endlich wieder in die Arme schließen. Ein bewegender Moment, der alle Versammelten vor dem Gate tief berührte und auf den Eltern, Großeltern, Freunde und viele Unterstützer 119 Tage lang haben warten müssen. Rund 150 Menschen standen für Billy Spalier und bereiteten ihm einen feierlichen Empfang.

Nirgends zu sehen waren Vertreter der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes, die sich nach eigenen Angaben angeblich so intensiv um Billys Freilassung gekümmert hatten. Auch von allen anderen Parteien war niemand anwesend. Nur die AfD hat sich von Anfang an aktiv für Billy Six und seine Freilassung eingesetzt – und das, obwohl Billys Eltern jeden einzelnen Abgeordneten des Bundestages um Hilfe gebeten hatten.

Unser aller Dank gebührt dem russischen Außenminister Sergej Lawrow, der – angesprochen auf den Fall des deutschen Repor-

ters – sofort bei seinem venezolanischen Amtskollegen Jorge Arreaza intervenierte und damit in wenigen Tagen das vollbrachte, was die deutsche Regierung in 119 Tagen nicht geschafft hat. Genial Zusammengefasst wurde der Fall Billy Six durch einen Kommentator auf Twitter. Der schrieb vor wenigen Tagen:



"Wenn russische Politiker Deutsche Bürger aus ausländischen Gefängnissen freibekommen, dann musst Du im besten Deutschland aller Zeiten leben."

Ich habe schon vor zwei Jahren erklärt, dass die Alternative für Deutschland ein Schutzschild für alle Entrechteten sein muss. Das ist unser Auftrag als kommende Volkspartei, das ist mein Auftrag als AfD-Politiker, so verstehe ich das Wort Volksvertreter!

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
 - Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

f [bystronpetr/](https://www.facebook.com/bystronpetr/)

www.petrbystron.de

Ländliche Entwicklung

Vor einigen Tagen konnte ich im Bundestagsplenum zum Thema ländliche Entwicklung sprechen. Insbesondere die Digitalisierung unserer Landwirtschaft und die flächendeckende Anbindung der kleinen Gemeinden an das Internet sind entscheidende Punkte, um Wohlstand und Lebensqualität zu erhalten. Leider sieht die Realität auf dem Land meist anders aus.

Anstatt jetzt überstürzt auf die neuen 5G-Netze zu setzen, deren Ausbau noch Jahre dauern wird, sollten endlich unbürokratisch die Glasfaserkabel verlegt werden. Wenn wir es mit der Digitalisierung in unserem Land wirklich ernst nehmen, darf der Schwerpunkt des Netzausbaus nicht ausschließlich auf den Großstädten und Ballungsräumen liegen.

Ich habe vor den Abgeordneten auch auf die Sorgen vieler Menschen bezüglich unbekannter Risiken der neuen 5G-Technik hingewiesen. Das Thema Gesundheit spielt für die Bundesregierung gar keine Rolle.

Dabei muß uns klar sein, daß wir die Langzeitrisiken dieser Technologien überhaupt noch nicht abschätzen können. Wir sind mit diesen Funkstrahlen in einem riesigen Feldexperiment. Die gesundheitlichen Gefahren müssen permanent untersucht und dokumentiert werden. Die wissenschaftliche Begleitung und die gewissenhafte Risikoabschätzung neuer Technologien gehören zu einer verantwortungsvollen Digitalisierungsstrategie dazu. Zu diesem Thema steht im Konzeptpapier der Bundesregierung nur ein einziger Satz. Das ist natürlich zu wenig.

Wir wollen den Anschluß an die führenden Nationen des digitalen 21. Jahrhunderts nicht verlieren, aber Augenmaß und Verantwortung sind die Bedingungen auf dem Weg dahin.

In diesem Sinne grüßt Euch aus Berlin

Eurer MdB Peter Felser



Peter Felser, MdB Vize-Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

@ peter.felser@bundestag.de

f /[peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

www.peterfelser.de

Was nicht sein darf – oder Rechtsbeugung im Namen des Rechts?

Im Europarat, der Versammlung von Delegierten aller europäischen Länder, somit auch von Ländern wie Russland (derzeit leider ausgeschlossen) oder wie der Türkei und Aserbaidshan (beide nicht nur geographisch am Rande Europas), wiederholt sich, was wir bereits im Dt. Bundestag mit der Wahl des Bundestags-Vize erleben.

Mit der Anmeldung unserer gemeinsamen Fraktion von AfD – ich bin einer unserer vier Delegierten – der FPÖ, Lega, tschech. SPD, Esten und Bulgaren setzte der Widerstand der Etablierten ein.

Erst kamen formale Versuche mit Kritik an unserer Satzung – kein Problem. Danach folgte am 28. Februar eine Anhörung zur Prüfung, ob wir mit den Zielen des Europarats zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit übereinstimmen würden. In der „Prüfungs-Kommission“ saßen Vertreter der deutschen Regierungsparteien. Es saß dort aber u.a. auch ein Herr Kilic, AKP-Statthalter von Herrn Erdogan im Europarat. Besagter Herr Kilic, der sich in meiner ersten Sitzung im Europarat, Anf. 2018, offiziell beim Parlaments-Präsidenten über mich beschwerte. Grund war, ich konnte seinen Argumenten zum „demokratisch und rechtsstaatlich legitimierten“ Einmarsch der Türkei in das Kurdengebiet in Syrien nicht folgen.

Die Anhörung im Februar kam zu keinem ab-

schließenden Ergebnis, weitere folgten und mündeten in einen GO-Antrag. Entsprechend der bisher gültigen Anforderungen hat unsere Fraktion 20 Mitglieder aus 6 Ländern. Der am 11. April eingebrachte Antrag zur „Wahrung der Demokratie“ sah 32 Mitglieder aus 8 Ländern vor. In der Sitzung wurde dies auf 28 Mitglieder geändert – natürlich nicht wegen uns, sondern weil ansonsten linke Fraktionen an der Kippe stehen würden.

Wir werden auch dem begegnen. Dank unseres koordinierten Auftretens und strukturierter Reden stehen wir bereits mit Delegierten aus weiteren Ländern in Kontakt. Fortsetzung folgt.

Ein Wort zu Frankreich. Als gewähltes Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen, die Gründung war am 25. März in Paris, habe ich Verbindungen zu Parlamentariern und Bürgerrechtlern (vulgo Gelbwesten) in Frankreich. Die derzeitigen Verhältnisse sind besorgniserregend, der Autoritätsverlust des Präsidenten Macron massiv. Und jetzt das Fanal, der Brand von Notre Dame. Nur gut, dass – vor jeglicher Untersuchung – bereits fest stand, dass keine Brandstiftung die Ursache war, wie dies heutzutage leider bei den vielen Kirchenbränden in Frankreich der Fall ist. Auch hier gilt, weiteres folgt.

Martin Hebner, MdB

Wahlkreis 226: Starnberg - Landsberg am Lech

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Petitionsausschuss
- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.hebner@bundestag.de

f /HebnerMartin

Johannes Huber, MdB fordert umfangreiche Untersuchungen im Fall Alexa



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag

@ johannes.huber@bundestag.de

 [@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)

 [/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)

Der AfD Bundestagsabgeordnete Johannes Huber zeigt sich angesichts des jüngsten Skandals um Alexa besorgt: "Wir wissen, dass Alexa nicht nur durch Amazon abgehört wird, sondern auch durch US-Geheimdienste. Weiterhin müssen wir davon ausgehen, dass das durch Herrn Seehofer geführte Innenministerium und dessen unterstellte Dienste ebenfalls unsere Bürger abhören. Erneut erleben wir einen tausendfachen Grundrechtsbruch. Umfangreiche Untersuchungen sind jetzt das Gebot der Stunde." Auf die bekanntgewordenen Bemühungen des Innenministeriums Alexa ebenfalls für die Überwachung einzusetzen, deutet auch die Verweigerung einer Antwort durch die Bundesregierung auf die von der Linkenabgeordneten Martina Renner gestellte Anfrage. Renners Anfrage zu der Nutzung Alexas durch deutsche Geheimdienste wurde unter dem Hinweis auf eine Gefährdung des Staatswohls nicht beantwortet.

Johannes Huber hierzu: " Die Bundesregierung verhält sich hier nicht nur verfassungsfeindlich, sie tut es mit vollster Absicht. Wer seinen Bürgern derart misstraut sollte über das Ende seiner politischen Tätigkeit nachdenken."

Das ITER Projekt



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ rainer.kraft@bundestag.de

f [/dr.rainer.kraft/](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft/)

t [@Dr Rainer Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

Das ITER Projekt ist ein multinationales Pilotprojekt zur Errichtung und zum Betrieb eines Testfusionskraftwerkes in Südfrankreich. Dafür arbeiten die EU inklusive der Schweiz, Rußland, Südkorea, Indien, die USA und Japan zusammen. Vertragspartner für die EU ist die EURATOM. Ziel dieser Unternehmung ist die mechanische Fertigstellung des ITER Reaktors in 2025 mit Hochfahren des Reaktors bis ca. 2030. Ab dann soll der ITER nachweisen, dass eine Netto Ernte an Energie möglich ist.

Die EU als Standort des ITER hat in 2019 beschlossen, dass im Haushalt jährlich 1 Milliarde Euro für den Bau zur Verfügung gestellt werden soll. Ein entsprechendes Papier wurde im März im Umweltausschuß behandelt. In dem EU Dokument KOM 2018/445 final, ist die Finanzierung des Baus und der Folgekosten für die EU Budgetierung 2021-2027 geklärt. Demzufolge zahlt die EU als Standort des ITER überproportional bei den Baukosten. Die dann folgenden Unterhaltskosten sollen aber anteilig unter allen Beteiligten aufgeteilt werden, zu diesem Zweck wird auch ein gemeinsames Unternehmen gegründet das dann Betreiber des ITER sein wird. Ziel dieser Investitionen ist die langfristige Er-

forschung einer modernen, zuverlässigen, wettbewerbsfähigen und ja, auch CO2 armen Form der Energieerzeugung.

Das Projekt stößt in den Fraktionen des Bundestages auf breite Zustimmung, lediglich die Fraktionen der LINKEN und der GRÜNEN fordern ein Ende des Projektes. Da ich im Rahmen des Besuches der Klimakonferenz in Bonn, in 2017 das Vergnügen hatte den dortigen ITER Stand zu besuchen (meine beste Stunde auf dieser Konferenz) konnte ich einen kleinen Einblick gewinnen in die Art und Weise wie dort Spitzentechnologie betrieben werden soll. Auch losgelöst von der eigentlichen Frage, ob Fusionsnettoenergiegewinnung in dem Projekt gelingen wird, hat diese Investition in Technologie viele positive Nebenaspekte und agiert als Technologie Leuchtturmprojekt. So wird ein Konzept erarbeitet während des Fusionsbetriebes vollautomatisch, durch Roboter einzelne Lithiumplatten auszutauschen. Auch wenn 1 Milliarde pro Jahr viel Geld ist, so ist es dennoch in Projekten die die Wettbewerbsfähigkeit und die technologischen Möglichkeiten steigern, gut angelegtes Geld.

Ungerechte Steuern belasten den Mittelstand

Großkonzerne zahlen im Schnitt 30 Prozent weniger Steuern auf die gleichen Umsätze, wie mittelständische Unternehmen. Das heißt, die unfreiwilligen Sponsoren des EU-Wahnsinns sind wir Bürger und familiengeführten Mittelständler, weil wir in Deutschland festhängen und die Steuersparmodelle über internationale Gewinnverschiebungen nicht nutzen können, welche Großkonzernen offenstehen.

Die Abgaben werden in den nächsten Jahren aber weiter steigen. Unsere jährlichen Abführungen nach Brüssel werden von ca. 30 Mrd. auf bis zu 45 Mrd. zulegen, weil, sollte der Brexit doch noch kommen, unsere EU-Tribute die fehlenden britischen Beiträge ausgleichen müssen.

Mittelständler würden anders handeln: diese würden bei weniger Einnahmen die Kapazitäten nach unten anpassen; nicht so die EUdSSR.

Trotzdem haben sich in Deutschland 50 familiengeführte Unternehmer zusammengeschlossen, um unter

dem Kampagnenmotto „Made in Germany – Made by Vielfalt“ für angebliche Toleranz und Weltoffenheit zu werben.

Keiner unserer Mittelständler, welche wirklich noch den Mittelstand vertreten und die Basis unseres Wohlstandes bilden, kann bei einem solchen Selbstvernichtungswerk mitmachen.

Das Motto dieser 50 Unternehmer würde im Umkehrschluss verlangen, dass die Inhaber dieser Unternehmen „ihre Tore öffnen, ihre Läger frei zugänglich machen und jedem den Zugang gewähren, um sich selber zu bedienen; selbstverständlich ohne eine Gegenleistung dafür zu erwarten oder gar Geld für ihre Waren zu verlangen!“

Übrigens habe ich den Vorschlag eines Wirtschaftskonzeptes für die AfD erarbeitet, es bereits dem zuständigen Landesfachausschuss übergeben und stelle es vor den bayerischen Kreisverbänden auch gerne persönlich vor.

Hans-Jörg Müller, MdB
Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

@ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Wahl eines AfD-Kandidaten zum Bundestagsvizepräsidenten



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

- **Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**
- **Ordentliches Mitglied:**
- **Verteidigungsausschuss**
- **Gemeinsamer Ausschuss**
- **1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses**

Stellvertretendes Mitglied:

- **Haushaltsausschuss**

 [/gerold.otten/](https://www.instagram.com/gerold.otten/)

 [@gerold_otten](https://twitter.com/gerold_otten)

 [/gerold.otten.3](https://www.facebook.com/gerold.otten.3)

Web: www.geroldotten.de

Nach § 2 (1) der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags (Wahl des Präsidenten und der Stellvertreter) ist jede Fraktion des Deutschen Bundestages durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten.

Die Realität im Bundestag sieht allerdings aus. Nach Albrecht Glaser, unserem ersten Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, wurde am 4. April auch unsere zweite Kandidatin, Mariana Harder-Kühnel, im dritten Wahlgang ebenfalls nicht gewählt. Bei 199 Ja-Stimmen erhielt sie 423 Nein-Stimmen und 43 Enthaltungen.

Wir halten natürlich unseren Anspruch auf das uns zustehende Amt weiterhin aufrecht.

Als neuer Kandidat der AfD-Fraktion und Bewerber für das Amt wurde ich dann in unserer Fraktionssitzung am Dienstag, den 9. April gewählt

Da wir in einer Sondersitzung der Fraktion nach der Nichtwahl von Mariana Harder-Kühnel beschlossen hatten, sobald wie möglich unseren neuen Kandidaten

zur Wahl zu stellen, fand bereits am darauffolgenden Donnerstag der Wahlgang statt. In der geheimen Abstimmung wurde dann leider nicht die notwendige Mehrheit von 355 Stimmen, die sogenannte Kanzlermehrheit, erreicht. Gegen unseren Wahlvorschlag votierten 393 Abgeordnete, 210 stimmten dafür und 31 Abgeordnete enthielten sich.

Hier liegt aber auch die Problematik bei der Wahl. Wie eingangs gezeigt, steht unserer Fraktion der Sitz im Präsidium zu, zugleich sind die Abgeordneten der anderen Fraktionen mit ihrem freien Mandat aber nicht verpflichtet, den Vorschlag einer Fraktion zu wählen. Durch das wiederholte Nichtwählen unserer Vertreter verweigern die anderen Parteien fast 6 Millionen AfD-Wählern die Vertretung im Bundestagspräsidium.

Ich werde mich natürlich zum nächsten möglichen Termin wieder zur Wahl stellen, auch um den Druck auf die anderen Parteien aufrechtzuerhalten, mit dem Ziel sie endlich dazu zu bringen, ihre Obstruktionspolitik zu beenden und die demokratischen Regeln des Deutschen Bundestags zu achten.

Scheingrüne Politik: Feind unserer Landwirte



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Natur- und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f [/protchka.stephan](https://www.facebook.com/protchka.stephan)

www.stephan-protchka.de

1988 sprach der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors, dass in 10 Jahren 80% aller Gesetze aus Brüssel kommen werden. Nun 31 Jahre später scheint es im landwirtschaftlichen Bereich genauso gekommen zu sein. Die Regelungswut greift um sich. Das Perfide daran: Die Grünen scheinen selbst an der Gesetzgebung beteiligt sein, obwohl sie nicht regieren. Anders lassen sich die neusten Verordnungen aus Brüssel und Berlin nicht erklären. Und leider kennen die Altpolitiker keine andere Methode, außer Verbote, Verordnungen und Regelungswut. Aufklärung? Fehlanzeige.

Beispiel: Erst 2017 trat eine verschärfte Düngeverordnung in Kraft, um auf das Drängen der EU einzugehen, welche niedrige Nitratwerte fordert. Die neue Düngeverordnung zeigte mittlerweile Wirkung. Man könnte zufrieden sein. Um die Wirkung nachhaltig feststellen zu können, braucht es aber zusätzlich Zeit, denn Nitrat verschwindet nicht über Nacht aus dem Boden. Das geht der EU nicht schnell genug. Ab kommenden Jahr soll bereits eine

weitere Verschärfung der Düngeverordnung folgen, sonst droht die EU mit neuen Klagen gegen Deutschland. Dies könnte hohe Strafzahlungen nach sich ziehen. Nun ruft es die Landwirte auf die Barrikaden. Zu Recht!

Sie verkommen nämlich immer mehr zum Sündenbock aller herbei fantasierten Probleme der Grünen. So auch beim Thema „Insektensterben“. Die Altpolitiker gingen den grünen Schwätzern auf den Leim und machten Pflanzenschutzmittel schnell als Hauptursache Nummer 1 aus. Dabei ist die Menge der Pflanzenschutzmittel in den letzten Jahrzehnten nahezu konstant geblieben. Was sind dann die Ursachen für das massenhafte Sterben? Schauen Sie sich dazu mein Video an, wo ich näher darauf eingehe: <https://youtu.be/zJ1arLcNJLI>

Wir brauchen dringender denn je vernünftige, faktenbasierte Politik in der Landwirtschaft- und Umweltpolitik. Unterstützen Sie uns daher bei der EU-Wahl. Sie ist mindestens so wichtig wie die Bundestagswahl- für unsere Bauern sogar die wichtigste.

Passgenaue nationale Lösungen statt Sozialunion



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.sichert@bundestag.de

f /[sichertmartin](https://www.facebook.com/sichertmartin)

Die Bundesregierung schwelgt gerade so kurz vor der Europawahl in ihren Träumen von den Vereinigten Staaten von Europa. Ihr aktueller Lieblingstraum: Die Europäische Union soll zur gleichgeschalteten Sozialunion werden – auch wenn dafür das Grundgesetz gebrochen und in die nationale Souveränität der Sozialgesetzgebung gepfuscht werden muss.

Die Regierung brachte einen Gesetzesvorschlag ein, mit dem Deutschland Hoheitsrechte im Bereich der Sozialpolitik an die EU abtritt. Wir konnten in einer öffentlichen Anhörung mit Professor Gunnar Beck als eigenem Sachverständigen darlegen, dass dieses Vorgehen klar gegen unsere Verfassung verstößt. Auch im Plenum machte ich dies in meiner Rede nochmals deutlich. Doch wie so oft setzen sich die Altparteien auch hier über geltendes Recht hinweg, um ihrem Traum eines europäischen Staates näher zu kommen.

Wie wenig zugänglich die anderen Parteien vernünftiger Argumentation sind, konnte man bei der lauten Aufregung im Bundestag feststellen, als ich darlegte, dass ein solcher gemeinsamer europäischer Sozialstaat weder im Interesse der Deutschen noch der anderen Völker in Europa ist. Die Konsequenzen und Belastungen, die sich daraus für deutsche Bürger ergeben, wurden von den Altparteien

kleingeredet.

Stattdessen wird völlig ideologisiert Politik betrieben. Welche Stillblüten das treibt, konnte man in der öffentlichen Anhörung beobachten, als beispielsweise die Grünen ausgerechnet den Vertreter von Verdi befragten, wie denn die Altersvorsorge von Selbstständigen aussehen solle.

Auf meine im Plenum vorgetragene Selbstverständlichkeit, dass die Deutschen autonom und souverän bestimmen müssen, wie der deutsche Sozialstaat ausgestaltet ist, ohne dass die EU oder andere Staaten uns reinreden, rief ein Abgeordneter der Union „Minderwertigkeitskomplex“. Da meine Aussage auch der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts entspricht, zeigt sich hier, wie wenig wert so manchem Abgeordneten die Verfassungstreue ist.

Es war entlarvend zu sehen, wie die Vertreter der anderen Parteien, die sonst immer von einer vielfältigen Gesellschaft träumen, in Aufregung geraten, wenn wir von der AfD ein vielfältiges Europa fordern, in dem die Staaten nicht europäisch gleichgeschaltet werden, sondern jeder Nationalstaat souverän sein Sozialsystem nach den eigenen Bedürfnissen ausgestaltet.

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**